



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

24. Jg. Nr. 5
Oktober 2018

Editorial

Wurzel

Dass die "Radikalisierung ein Zeichen unserer Zeit" sei, schreibt der Kolumnist Axel Hacke. Vielleicht hat er Recht damit. So schlimm es ist – aber vielleicht kann man der Verrohung der Sprache und der starken Neigung zum Populismus bei offenbar rund einem Drittel der Bevölkerung am Ende doch etwas Gutes abgewinnen.

Vielleicht sind wir durch beides gezwungen, uns bewusster zu werden, warum wir als Christen etwas tun oder warum wir etwas nicht tun, gerade weil wir Christen sind. Radikalität zielt auf die "Wurzel", auf Grundüberzeugungen, auf Haltungen, am Ende auf ethische Grundpositionen. Aggressive Briefschreiber – es sind fast ausschließlich Männer – verweise ich gerne auf das Evangelium, zum Beispiel auf Matthäus 25,40: "Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan."

Axel Hacke reflektiert zu Recht darüber, dass viele Menschen versuchen, in ungewissen Zeiten Sicherheit in einer Absolutheit des eigenen Standpunktes zu finden. Einer Absolutheit, die keinen Widerspruch dulde, also aufgabe, worum es doch im Wesentlichen gehe: die Freiheit. Wenn wir akzeptieren müssen, dass Menschen, auch aus dem "Bürgertum", sich die Freiheit nehmen, gegen Geflüchtete, gegen "Altparteien", gegen gewählte Repräsentanten des Staates, gegen unseren Rechtsstaat, gegen unsere jüdischen oder muslimischen Mitbürger zu hetzen, dann nur, indem wir uns an Frère Roger aus Taizé erinnern. Er sprach von "Kampf und Kontemplation" als Lebensform der Christen. Die Kontemplation ist für den Christen sowieso klar – der Kampf aber auch: Es geht um ein entschiedenes, ja um ein radikales Bekämpfen derer, die unsere christlichen Grundwerte angreifen.

Stefan Vesper

Inhalt

Mit Menschen reden – aber wie? _____ 2

Eine Ergänzung zu den Nachbetrachtungen von Bettina Jarasch
[Thomas Arnold](#)

Die Familie ist der größte Pflegedienst der Nation _____ 4

Pflege kann nur gelingen, wenn es den pflegenden Angehörigen selbst gut geht.
[Heide Mertens](#)

Wachstum neu justieren _____ 6

Ein Plädoyer für eine sozial-ökologische Modernisierung
[Johannes Wallacher](#)

Protestbewegt, populistisch und weit rechts _____ 8

Die neue politische Kraft in Europa ist auf Angst und Misstrauen gebaut
[Martin Kastler](#)

Was soll das Theater? _____ 10

Über die Kunst und ihre öffentliche Förderung
[Rolf Bolwin](#)

Teilhabe, Lebenswelt und Digitale Mündigkeit _____ 12

Blog des BDKJ-Bundesverbandes gibt Praxistipps
[Anna Grebe](#)



Mit Menschen reden – aber wie?

Eine Ergänzung zu den Nachbetrachtungen von Bettina Jarasch

In der letzten Salzkörner-Ausgabe, 24. Jg. Nr. 4, blickte Bettina Jarasch kritisch auf die Diskussion von Religionspolitikern beim 101. Deutschen Katholikentag zurück, an der auch der kirchenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion teilgenommen hatte. Auf ihren Beitrag "Mit Rechten reden – aber wie?" antwortet Thomas Arnold, der die Diskussion in Münster moderierte.

2016, 2017, 2018 – und jetzt schon für 2019: Über Konfessionsgrenzen hinweg beherrscht die öffentliche Debatte seit fast drei Jahren nicht, wie es uns als Christen bei unseren Großveranstaltungen gelingt, die Faszination vom Reich Gottes hier und heute in die Debatten unserer Gesellschaft einzubringen. Stattdessen begeben wir uns auf die Suche nach dem Umgang mit einer Partei, die sich zwar im demokratischen Spektrum bewegt, aber nicht zwangsläufig die Demokratie durch ihre Mitglieder bejaht. Vor jedem Kirchen- und Katholikentag wird die mediale Debatte immer wieder mitbestimmt von der Frage, ob die Kirchen mit der AfD sprechen dürfen.

Dieses Ringen um den richtigen Umgang ist legitim. Denn gerade unser Land trägt die schmerzhafteste Erfahrung in seiner Geschichte, wie demokratische Strukturen zum Steigbügelhalter einer Diktatur wurden. Es ist daher wichtig, immer wieder neu abzuwägen, wo man in der Dilemma-Situation, einerseits solchen Positionen einen öffentlichen Raum zu geben und andererseits Positionen aus einem Podium auszuschließen, die Grenzen zieht und hierfür auch öffentliche Kritik in Kauf nimmt.

Gerade im Rückblick auf die Veranstaltung in Münster braucht es aus meiner Sicht eine stärkere Differenzierung in der Betrachtung, die bisher kaum öffentlich erfolgte. Dies beginnt bereits bei dem die Münsteraner Diskussion bestimmenden Narrativ. Anders als vielfach dargestellt, hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) oder

der Katholikentag nicht alleine mit der AfD gesprochen, sondern alle im Bundestag vertretenen politischen Kräfte waren dazu eingeladen, ihre Positionen zu einem künftigen Staat-Kirche-/Religionen-Verhältnis darzulegen. Dies war keine Schau von Plattitüden oder eine Prüfung, wie christlich eine Partei tatsächlich sei. Stattdessen stand dahinter die Frage, wie wir das Recht auf die staatlich verbriefte positive wie negative Religionsfreiheit und die über Generationen eingeübte Trennung der religiösen und staatlichen Institutionen in unserem Land künftig ausgestalten wollen. In den 90 Minuten des Podiums wurde deutlich, wie verschieden die Fachvertreter ihrer Parteien dazu Position beziehen. Dabei schien auf, dass von links wie auch von rechts Tendenzen bestehen, die Religionsausübung in den Privatbereich zurückzudrängen und den Gestaltungsspielraum der Religionsgemeinschaften spürbar einzugrenzen. Durch das Podium wurde deutlich, was gerade in diesem Punkt von den jeweiligen Parteien zu erwarten wäre.

Religion als Friedensstifter

Der zunehmende kulturelle und religiöse Pluralismus, verbunden mit einer abnehmenden christlichen Bindung in Deutschland lassen annehmen, dass die Zustimmung zu diesen Plänen künftig wachsen wird. Eine Lernerfahrung aus Münster darf daher sein, die Parteien deutlicher als bisher nach ihren Vorstellungen von Religion im öffentlichen Raum der Gesellschaft in Deutschland zu fragen – und dem argumentativ zu begegnen. Denn auch im 21. Jahrhundert hat die Religion nicht nur das Potential zum "Feuerteufel", sondern vor allem zum Friedensstifter. Wir haben die Verantwortung, solche Debatten auch öffentlich zu führen und deutlich zu machen, welche Partei wofür steht. Dabei geht es nicht um Wahlhilfe für eine oder mehrere Parteien, sondern um die Qualifizierung von Wahlentscheidungen aufgrund der Darstellung von Pro- und Kontra-Argumenten. Dies führt zu einem weiteren Lerneffekt aus diesem Podium für einen öffentlichen Katholizismus: Es reicht nicht aus, direkt die rote Linie per se vor einer Partei zu ziehen. Stattdessen hoffe ich auf Christen, die aus ihrer christlichen Überzeugung heraus Themen aktiv erkennen und ihre Standpunkte öffentlich mit Argumenten untermauern, ohne dabei andere zu verunglimpfen. Trauen wir etwa unserem Glauben nicht mehr zu, auch für die

Katholikentag

Rechtspopulismus

Menschen im 21. Jahrhundert überzeugend zu sein? Wir brauchen zu dessen Verkündigung nicht die provokativen Methoden von Populisten. Aber vielleicht würde es uns gut tun, unsere Überzeugungen mit mehr Mut und Verve in die öffentliche Debatte einzubringen. Emotionen sind nicht grundsätzlich ungeeignet, um daraus vernunftgeleitete Prozesse in Gang zu bringen. Erst dann wird die Debatte fruchtbringend.

Es bleibt die Frage, wer legitimiert ist, sich in diese Debatten einzubringen. Dabei wundert mich das Plädoyer von Bettina Jarasch, ein 1:1-Gespräch zwischen "hochrangigem Vertreter von Kirche oder ZdK mit einem Rechtspopulisten" zu suchen. Bereits im September 2016 hat sich der Präsident des ZdK, Thomas Sternberg, zur Frage um den Kampfbegriff des christlichen Abendlands dem direkten Gespräch mit Alexander Gauland gestellt. Wir sollten einen solchen Diskurs nicht nur auf einzelne Spitzenvertreter beschränken. Delegieren wir nicht die Verantwortung für konfliktive Gespräche, die uns nicht nur in unseren Überzeugungen, sondern auch in unserer Argumentationsfähigkeit herausfordern, an die obersten Repräsentanten. Es ist ein Anwendungsfall für die "Taufwürde aller", die in dem Dokument der deutschen Bischöfe "Gemeinsam Kirche sein" so betont wird. Jeder Christ ist legitimiert, über seinen Glauben und die daraus erfolgende Gesellschaftsgestaltung mit anderen ins Gespräch zu kommen. Dazu passt, dass auf dem Podium – abgesehen von Christine Buchholz (Die Linke) – alle Diskutanten einer christlichen Konfession angehörten.

Antwortoptionen aus dem Glauben

Ein letzter Punkt: Ich selbst weiß, wie schwierig es ist, in der Begegnung mit Menschen, die rechtspopulistische Positionen vertreten, ins Gespräch zu kommen, ohne sie als Menschen an sich abzulehnen. Wir reden nicht mit Rechten. Wir streiten mit Menschen! Und wer, wenn nicht wir Christen, haben ein Vertrauen in die Bereitschaft von Menschen, auch umzukehren und den eigenen Weg nochmals zu ändern? Dies gelingt aber nicht durch Wegdrehen, sondern durch den – ohne Frage mühsamen – Dialog. Der geht über die Kampfbegriffe von christlichem Abendland, Islamisierung, Genderwahn, Frühsexualisierung und die

Zerstörung der Familie hinaus. Im Kern ist es das Ringen um die eigene Identität angesichts der zahlreichen und dynamisierenden Veränderungen unserer Welt. Dies verunsichert und macht Angst. Hoffnungsoptionen zu entwickeln, die nicht in unerreichbaren Utopien gipfeln, sondern die Lebenssituation der Menschen ernst nehmen – das liegt nicht in der Verantwortung von Medien, Politik oder Verbänden, sondern ist jedem Einzelnen aufgegeben.

Es wäre viel gewonnen, wenn sich mehr Menschen aktiv auf ihre Art in gesellschaftliche Prozesse einbringen und sie mitgestalten. Dass es die Grundvoraussetzung hierfür zu schützen gilt, ist eine Erfahrung, die gerade die Menschen in den neuen Bundesländern immer wieder mit ihrer eigenen Biografie erzählen können – damit die freiheitliche Demokratie nicht zu einer abschaffbaren Selbstverständlichkeit verkommt. Dadurch wird sie "sturmfähig geschossen" (Andreas Püttmann), nicht nur durch "rechtskatholische Denker". Wir brauchen daher nicht die Debatte, ob wir mit Menschen sprechen, die rechtspopulistische Positionen vertreten. Stattdessen wünsche ich mir mehr Christen, die bereit sind, sich in Debatten mit Argumenten einzubringen und klar zu benennen, wo die Freiheit und die Würde des Menschen bedroht werden. Aus diesem Verständnis heraus ist es richtig, dass Thomas Sternberg kürzlich deutlich machte, dass er in der AfD Parallelen zum Nationalsozialismus sehe und dies auch sachlich begründete. Denn ausgrenzender Nationalismus und pauschalisierende Verunglimpfung einer Religion sind mit dem Christentum nicht vereinbar.

Wir brauchen also den Mut zur klaren Aussprache ebenso wie das Vertrauen auf gute Argumente, die im Dialog und auch im Streit bestehen. Und auch im erbitterten Streit gilt es, den anderen als Menschen ernst zu nehmen, auch auf seine Positionen zu hören und ihm Antwortoptionen aus dem Glauben heraus anzubieten.

| Dr. Thomas Arnold

Direktor der Katholischen Akademie des Bistums
Dresden-Meißen

Die Familie ist der größte Pflegedienst der Nation

Pflege kann nur gelingen, wenn es den pflegenden Angehörigen selbst gut geht.

In Deutschland leben momentan knapp 3,5 Mio. Pflegebedürftige im Sinne der Pflegeversicherung. Parallel steigt die Zahl der Menschen, die der Unterstützung durch andere bedürfen ohne selbst nach den Kriterien der Pflegeversicherung als Pflegefall eingestuft zu sein. Von den nach Pflegegraden eingestuften Pflegebedürftigen leben 2,6 Mio. Menschen zuhause. Von diesen Menschen werden nur etwa ein Viertel durch ambulante Pflegedienste betreut. Die übrigen, rund 2 Mio. Menschen werden zuhause, vor allem durch ihre Angehörigen versorgt. Dabei gibt es keine genauen Zahlen, in wie vielen Haushalten zusätzlich Pflegekräfte aus dem europäischen oder außereuropäischen Ausland beschäftigt sind. Die Schätzungen reichen von 100.000 bis 300.000.

Die pflegenden Familienangehörigen sind überwiegend weiblich. Frauen machen 70 Prozent der pflegenden Angehörigen aus, allerdings nimmt die Zahl der Ehemänner zu, die ihre Partnerin versorgen, sowie allmählich auch die Zahl der Söhne, die sich an der Pflege der Eltern beteiligen. Die meisten Frauen, die Angehörige pflegen, sind laut Statistik im Alter zwischen 45 und 75 Jahren. Es gibt Untersuchungen, die belegen, dass in diesem Lebensalter beinahe jede zweite Frau entweder als Hauptpflegeperson Angehörige pflegt oder für einen oder mehrere Angehörige im Alltag regelmäßig Unterstützung leistet. Jede Frau und zunehmend auch viele Männer werden so einmal oder mehrmals im Leben mit Situationen und Lebensphasen konfrontiert, in der das Thema "Pflege" ganz nahe rückt.

Gerade für die Frauen im mittleren Lebensalter bedeutet neben allem anderen, Pflege auch ein hohes soziales Risiko. Sie geraten erneut in den Konflikt zwischen Familie und Beruf. So kann die Sorgearbeit für die zu pflegenden Angehörigen einen beruflichen Wiedereinstieg, den beruflichen Aufstieg oder eine Erhöhung der Arbeitszeit verhindern. Nicht selten reduzieren Erwerbstätige sogar ihre Arbeitszeit oder geben die Erwerbsarbeit ganz auf, um Angehörige zu pfle-

gen. Pflegegeld und die sehr geringen Rentenanwartschaften für pflegende Angehörige stellen hier keinen Ersatz für die soziale Sicherheit, vor allen Dingen, die soziale Sicherheit im Alter, dar.

kfd: "Ein offenes Ohr für pflegende Angehörige"

Wenn Kinder ihre Eltern pflegen, kehrt sich das Verhältnis von Gebenden und Nehmenden um. Machtverhältnisse verändern sich. Latente Konflikte können sich in der Pflegesituation zuspitzen. Pflege kann aber auch zu einer neuen Qualität der Beziehung z. B. unter Ehepartnern beitragen. Vieles hängt davon ab, wie die Rahmenbedingungen für häusliche Pflege sind. Gibt es stabile soziale Netzwerke, gute finanzielle Rahmenbedingungen, Wissen um die Möglichkeiten und Leistungen der Pflege- und Krankenversicherung, auf die Anspruch besteht?

Überfordernde und unbefriedigende Pflegesituationen führen nicht selten dazu, dass die pflegenden Angehörigen die kommenden Pflegebedürftigen werden. Die kfd als großer katholischer Frauenverband hat sich auf die Fahnen geschrieben, ein "offenes Ohr für pflegende Angehörige" zu haben. Die Idee dahinter ist nicht, dass kfd-Frauen untereinander unbezahlte Pflege übernehmen, sondern als Gesprächspartnerinnen für die pflegenden Angehörigen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus setzt sich der Verband politisch besonders für pflegende Angehörige ein.

Gelingende Pflege in einer älter werden Gesellschaft

Am 23. Juni 2017 hat der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) das Impulspapier "Gerechte Pflege in einer sorgenden Gesellschaft" verabschiedet, s. www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklarungen. Das Impulspapier stellt die hohe Belastung vieler pflegender Personen im derzeitigen Pflegesystem heraus und zeigt Reformoptionen auf. Im ZdK-Arbeitskreis "Wirtschaft und Soziales" diskutiert und abgestimmt mit kirchlichen Akteuren und Verbänden, wird es der ZdK-Vollversammlung am 23./24. November 2018 als Erklärungsentwurf vorgelegt werden.

Dahinter steht auch der Wunsch, das Pflege Thema aus dem Tabubereich herauszuholen und dazu aufzufordern, in jedem Fall die verschiedenen Möglichkeiten guter Pflege –

Pflege

Reformoptionen

stationär und ambulant – mit unterschiedlichen Formen der Unterstützung in den Blick zu nehmen. Die häusliche Pflege durch Angehörige ist niemals die einzige und ausschließliche Möglichkeit und auch nicht immer die beste Lösung. Denn gerade diese führt oftmals in der Konsequenz zu der Inanspruchnahme von Unterstützung durch osteuropäische Pflegekräfte, die dann an Stelle der Angehörigen, die rund um die Uhr Betreuung leisten sollen.

Gemeinsam sind in dem Papier Punkte formuliert worden, die zu einer gelingenden Pflege in der Zukunft beitragen können. Einige politisch aktuelle Punkte, die insbesondere die häusliche Pflegesituation in den Blick nehmen, werden im Folgenden benannt:

1. **Mindeststandards für Live-In-Pflegekräfte**
Es ist dringend notwendig, für die Gruppe der Live-In-Pflegekräfte Mindeststandards zu erarbeiten. Dazu gehört z. B., dass die Pflegekraft mindestens einmal in der Woche einen vollen Tag frei hat.
2. **Mehr Rente für pflegende Angehörige**
Pflegende Angehörige brauchen bessere Rentenanwartschaften. Hier ist es dringend notwendig, die Höhe, vor allen Dingen aber auch die Verrechnung mit Sachleistungen bei den Rentenanwartschaften zu überprüfen. Pflegende Angehörige, die bereits Rente beziehen, haben keinen Anspruch auf Rentenanwartschaften durch Pflege. Seit der Einführung des Flexi-Rentengesetzes gibt es hier die Möglichkeit, auf einen kleinen Teil der Altersrente zu verzichten (sog. Teilrentenbezug) und dann weitere Rentenanwartschaften für die Zeit der Pflege zu bekommen. Diese Möglichkeit muss unbedingt erhalten bleiben.
3. **Vereinbarkeit von Pflege und Beruf**
Die bestehenden Möglichkeiten des Pflegezeitgesetzes ermöglichen pflegenden Angehörigen eine bis zu sechs Monate dauernde unbezahlte Freistellung. Das Familienpflegezeitgesetz ermöglicht eine bis zu zweijährige Reduzierung der Arbeitszeit. Diese bereits bestehenden Möglichkeiten – auch der Anspruch auf zehn Tage Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung für die Pflege von Angehörigen – müssen dringend durch ein Rückkehrrecht in Vollzeittätigkeit im Rahmen des Teilzeitgesetzes ergänzt werden. Hierdurch kann eine deutliche Entlastung pflegender Angehöriger erreicht werden, ohne dass diese ihre Erwerbstätigkeit ganz aufgeben. Das jetzt verabschiedete Brückenteilzeitgesetz ermöglicht dies gesichert nur für Beschäftigte in großen Betrieben mit mehr als 200 MitarbeiterInnen.
4. **Rehabilitation und Prävention für pflegende Angehörige**
Pflegende Angehörige haben die Möglichkeit, an einer Rehabilitationsmaßnahme in einer der Kliniken des Müttergenesungswerks teilzunehmen. Bisher müssen die Krankenkassen nur unter bestimmten Voraussetzungen eine stationäre Rehabilitation genehmigen, wenn die Möglichkeiten ambulanter Maßnahmen ausgeschöpft sind. Die aktuelle Reform des Pflegegesetzes ermöglicht, die Paragraphen § 23 SGB 5 und § 40 SGB 5 deutlich zu stärken und Rehabilitations- und Präventionsmaßnahmen für pflegende Angehörige zu einer Pflichtleistung der Krankenversicherung zu machen, indem der Grundsatz ambulant vor stationär für pflegende Angehörige ebenso wie für Eltern aufgehoben wird und Kuren sowie Maßnahmen in den Einrichtungen der Müttergenesung ermöglicht werden. Gleichzeitig gilt es hier, die Beratung vor und nach einer solchen Rehabilitationsmaßnahme zu verstärken. Ohne begleitende Unterstützung und Beratung lösen sich die meisten pflegenden Angehörigen nicht von der Pflegesituation zuhause und sind oftmals mit Beantragung und Organisation der Pflege in der Abwesenheit überfordert.
5. **Förderung haushaltsbezogener Dienstleistungen**
Ein großer Bedarf in Haushalten mit Pflegebedürftigen besteht in haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Dazu gehört auch die niedrigschwellige Betreuung und Begleitung der Pflegebedürftigen. Diese vielfältigen Unterstützungs- und Entlastungsleistungen in Haushalten werden aktuell entweder durch Schwarzarbeit, in Minijobs oder oft auch im Rahmen sog. ehrenamtlicher, mit Aufwandsentschädigungen entlohnter Dienste erbracht. Hier muss dringend die im Koalitionsvertrag angedachte staatliche Förderung solcher Dienstleistungen umgesetzt werden, damit in Zukunft sozialversicherte Arbeitsplätze entstehen und die Haushalte qualifizierte Unterstützung zu bezahlbaren Preisen bekommen.

Dr. Heide Mertens

Leiterin der Abteilung "Theologie/Politik/Bildung" in der Bundesgeschäftsstelle der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Düsseldorf

Wachstum neu justieren

Ein Plädoyer für eine sozial-ökologische Modernisierung

Steigern immer mehr Konsum, Preiswettbewerb und Wachstum tatsächlich Wohlergehen und Lebensqualität oder nur vermeintlich und vorübergehend die Zufriedenheit – zumal wenn die wahren Kosten dafür auf andere abgewälzt werden? Die Sachverständigen-gruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik" der Deutschen Bischofskonferenz untersucht in ihrer im April 2018 vorgestellten Studie "Raus aus der Wachstumsgesellschaft?" die Bedeutung von Wirtschaftswachstum für eine nachhaltige Entwicklung. Sie knüpft an die Enzyklika *Laudato si'* an, in der Papst Franziskus eindrücklich dazu auffordert, wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme in ihren wechselseitigen Verbindungen zu sehen und auf Basis einer neuen Leitidee von Fortschritt gemeinsam zu lösen.

Die internationale Staatengemeinschaft hat diesen Impuls mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihren 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen aufgegriffen. Bei allen Vorzügen der Agenda 2030 bleiben jedoch unübersehbare Spannungsfelder zwischen den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zielen. Für deren Überwindung will die DBK-Studie Orientierung geben, indem sie zunächst das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung vom Prinzip des Gemeinwohls her ethisch grundlegt.

In der Tradition der katholischen Soziallehre geht es um "das Wohl aller Menschen und des ganzen Menschen". Das Gemeinwohl ist demnach global, generationenübergreifend und ganzheitlich zu verstehen. Es geht also nicht allein um materiellen Wohlstand, sondern um Gesundheit, Bildung und Kultur, gelingende Beziehungen zu Mitmenschen und zur Natur. Dies erfordert wirtschaftliche Entwicklung und unter bestimmten Bedingungen auch wirtschaftliches Wachstum, das jedoch die ökologischen Grenzen achten muss.

Einen Hinweis darauf geben die Forschungen zu den planetarischen Belastungsgrenzen: Schon jetzt sind beim Klimawandel, der Landnutzung, dem Verlust der Artenvielfalt oder den Stickstoff- und Phosphorkreisläufen weltweit Grenzwerte überschritten, die schnell konsequente Verän-

derungen verlangen. Wenn weltweit alle Menschen nur annähernd so viel Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe ausstoßen würden wie weite Bevölkerungsteile in den wohlhabenden Ländern, aber auch die Eliten und eine rasch wachsende Mittelschicht in Entwicklungs- und Schwellenländern, wären die Umweltrisiken nicht mehr beherrschbar. Damit wird deutlich, dass es Grenzen des Wachstums gibt: nicht notwendigerweise Grenzen des Wachstums einer wirtschaftlichen Wertgröße wie der des Bruttoinlandsprodukts (BIP), aber doch des Wachstums von Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch. Umgekehrt werden die Überwindung von extremer Armut und Hunger, bessere Bildung, Zugang zu sauberem Wasser, Sanitäreinrichtungen oder sauberer Energie in ärmeren Ländern kaum ohne Wirtschaftswachstum zu erreichen sein. Wenn wir heute die Fluchtursachen wirksamer bekämpfen wollen, ist es ein Gebot der globalen Gerechtigkeit und in unserem ureigenen Interesse, den ärmeren Menschen in ihrer Heimat eine Entwicklungsperspektive zu verschaffen.

Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch als Illusion?

Historisch konnte bisher weltweit niemals Wirtschaftswachstum von mehr Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen entkoppelt werden. In den letzten Jahren ist die Menge an emittiertem CO₂ pro Einheit der Energiegewinnung und des Bruttoinlandsprodukts (Kohlenstoffintensität) weltweit sogar wieder deutlich angestiegen. Denn seit den 2000er Jahren setzen viele Schwellen- und Entwicklungsländer für ihre Energieversorgung vor allem auf die kostengünstige Kohle. Daraus folgt jedoch nicht, dass eine Entkopplung von Ressourcenverbrauch (bzw. Schadstoffausstoß) und Wirtschaftswachstum – bei vorhandenem politischen Willen und geeigneten Rahmenbedingungen – zukünftig nicht möglich wäre. Wachstum generell abzulehnen ist daher genauso wenig gerechtfertigt, wie es als alternativlose wirtschaftspolitische Strategie zu verfolgen. Viele Probleme, die mit der Wachstumsfixierung verbunden werden, sind das Ergebnis falscher Anreizmechanismen und unzureichender Ordnungspolitik. Wenn die ökologischen und sozialen Kosten, die Produktion und Konsum derzeit verursachen, den Verursachern zugerechnet und nicht weiter auf Dritte – besonders auf nachfolgende Generationen – abgewälzt werden ("Exter-

nalisation von Kosten"), würde dies erhebliche Anreize für eine effizientere Nutzung von Energie und Ressourcen und eine Senkung der Kohlenstoffintensität geben.

Plädoyer für eine sozial-ökologische Modernisierung

Die AutorInnen der Studie sprechen sich daher für einen grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft durch eine sozial-ökologische Modernisierung mit drei Stellschrauben aus:

1. Notwendig sind umfassende Strukturreformen, die Anreize für mehr Effizienz und technologische Innovationen geben. Ein Schlüssel dafür sind angemessene, verursachergerechte Preissignale für Umweltnutzung und Schadstoffausstoß (z. B. in Form eines sektorübergreifend einheitlichen CO₂-Preises), die damit wesentlich wirksamer und effizienter gemindert werden können als durch Verbote mit zahllosen Ausnahmeregelungen.
2. Der tiefgreifende Transformationsprozess wird mit beachtlichen Verteilungseffekten verbunden sein, wenn bestimmte Wirtschaftssektoren schrumpfen oder ärmere Haushalte mehr belastet werden. Der Strukturwandel ist daher durch Förderung von Innovationen für besonders betroffene Regionen und eine aktive Beschäftigungspolitik zu begleiten, Mehrbelastungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen und Vermögen sind durch geeignete Maßnahmen sozialverträglich abzufedern. Gleichzeitig ist eine Bepreisung von Umweltgebrauch wie von Schadstoffemissionen international abzustimmen, um sich gegenüber "Trittbrettfahrern" abzusichern, die mit geringerem Umweltschutz Vorteile im internationalen Wettbewerb erzielen wollen. Ähnlich wie bei der Mehrwertsteuer könnte eine solche CO₂-Abgabe auch beim Im- oder Export von Waren berücksichtigt werden, ohne darauf warten zu müssen, dass gleich alle Staaten mitmachen.
3. Gleichzeitig greift die Studie den Hinweis der Postwachstumsbewegung auf, eine Politik der sozial-ökologischen Modernisierung schon jetzt durch einen tiefgreifenden Kultur-, Bewusstseins- und Wertewandel vorzubereiten, zu ergänzen und zu begleiten. Denn die technischen Möglichkeiten könnten über- und die Kosten einer konsequenten Umwelt- und Klimapolitik unterschätzt werden. Noch größer ist wohl

die Gefahr, dass die politischen Strukturreformen, die für die beschriebene Modernisierung notwendig sind, am Widerstand mächtiger Interessengruppen und mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung scheitern oder hinausgezögert werden.

Die Politik ist daher aufgerufen, diesen Bewusstseinswandel zu unterstützen: Anbieter brauchen geeignete Anreize, um langlebigere und wiederverwendbare Produkte herzustellen; Verbraucher müssen durch einfache und transparente Qualitäts- und Herkunftssiegel mehr Entscheidungsspielraum erhalten; die Infrastruktur für umweltfreundlichen Nah- und Fernverkehr muss deutlich ausgebaut werden, um suffiziente Lebensstile attraktiver zu machen.

Ganz im Sinne des dialogischen Ansatzes von *Laudato si'* will die Studie einige konkrete Vorschläge zum "Schutz des gemeinsamen Hauses" in die gesellschaftliche Debatte einbringen. Konstruktive Kritik kann und soll helfen, diese weiter zu verbessern – doch eines muss uns klar sein: Weltweite Armut und die fortschreitende Zerstörung der Lebensgrundlagen weiter zu verdrängen, zu leugnen und einfach nichts zu tun ist die gefährlichste Option. Wer angesichts des fortschreitenden Klimawandels und der sich abzeichnenden Massenflucht "weiter so" sagt, lebt nach der Motto "nach mir die Sintflut" und wird das vermutlich bald bereuen.

Die Studie kann bestellt oder heruntergeladen werden über:

<https://www.dbk-shop.de/de/deutsche-bischofskonferenz/publikationen-der-wissenschaftlichen-arbeitsgruppe-fuer-weltkirchliche-aufgaben/studien-sach-verstaendigengruppe-weltwirtschaft-sozialethik/raus-wachstumsgesellschaft.html>

| Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. Johannes Wallacher

Präsident der Hochschule für Philosophie München und Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an dieser Hochschule. Er ist zudem u. a. Vorsitzender der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik" der Deutschen Bischofskonferenz und Mitglied von acatech-Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

Protestbewegt, populistisch und weit rechts

Die neue politische Kraft in Europa ist auf Angst und Misstrauen gebaut

Egal ob in Prag, Bratislava oder Budapest – wenn man eine normale Kneipe besucht und irgendwann auf Europa, Brüssel oder die Wahlen zu sprechen kommt, dann ist schnell eine depressive, ja geradezu skeptische, teils sogar aggressive Stimmung zu spüren. Warum eigentlich? Von der ursprünglichen Begeisterung für die europäische Einigung, wie sie vor einem Vierteljahrhundert in Mittel- und Osteuropa vorherrschte, ist wenig übriggeblieben. Nur eines der vier sogenannten Visegrád-Länder (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen), nämlich die Slowakei, ist Euro-Land – und fungiert heute oftmals als Brückenbauer der V4-Länder zu den "alten" EU-Mitgliedsländern.

Aber nicht nur in den 2004 beigetretenen EU-Mitgliedsländern ist eine Europa-Depression zu spüren – auch in den Gründerstaaten wie Deutschland ist sie spürbar. Von dieser negativen oder depressiven Europa-Stimmung profitieren rechtspopulistische Kräfte und Protestbewegungen und schüren sie gleichzeitig weiter. Was die Europäische Union betrifft, so schien es nach ihrem Startjahr 1989 in der Tat so, dass sie von einer Erweiterung zur nächsten eilt – 1995 Österreich, Schweden und Finnland, 2004 die große Osterweiterung um die Länder Mitteleuropas, Zypern und Malta, 2007 Rumänien und Bulgarien und zuletzt im Jahr 2013 Kroatien. Mit dem EU-Austritt Großbritanniens, der im März 2019 vollzogen wird, wird nun dagegen erstmals ein Staat die EU wieder verlassen.

Doch war der "Knackpunkt" der europäischen Integration nicht erst das Brexit-Referendum vom Juni 2016, sondern vielmehr der vermeintliche Höhepunkt: die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union im Jahr 2012. Für die Gegner des europäischen Einigungsprozesses war dies der Auslöser für verstärkte Maßnahmen, die Europäische Union und deren Repräsentanten und Institutionen einzuschüchtern und zu diskreditieren. Nicht nur

im virtuellen Raum der sozialen Netzwerke ist ein wahrer Kampf um die Meinungshoheit ausgebrochen. Auch über konventionelle Medien, Print wie Online, begann Mitte 2012 der Einsatz gezielter Desinformation. Nach einer aktuellen Studie der tschechischen NGO "European Values" wurden vor dem Brexit durch den Auslandsfernsehsender Russia Today und das Nachrichtenportal Sputnik mehr Anti-EU-Artikel veröffentlicht als über die offizielle britische Leave.eu-Webseite. Der britische Ableger von Sputnik erhalte dabei von der russischen Regierung für seine Aktivitäten ein jährliches Budget von rund 1,8 Millionen Pfund, so die Studie.

Desinformationen und Fake-News

Neben diesen bekannten "Medien" werden allerdings weitere Meinungsmacher eingesetzt, um das Vertrauen in Europa und eine liberale Demokratie zu erschüttern, sogenannte "Trolls" – auch als "Putinbots" bezeichnet. Sie überschwemmen mit Desinformationen und Fake-News die EU in allen europäischen Sprachen – leider mit Erfolg. Deren politischer Arm sind die neuen Protestbewegungen in den EU-Staaten, die zumeist am rechten Rand des Spektrums stehen.

Das vom amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama optimistisch ausgerufene "Ende der Geschichte" mit dem Sieg von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft hat sich nicht bewahrheitet. Ausgangspunkt seiner These war der Zusammenbruch der UdSSR – der vom heutigen russischen Präsidenten Wladimir Putin als "größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts" bezeichnet wird. Heute sind die liberale Demokratie und die (soziale) Marktwirtschaft mehr denn je unter Generalverdacht des Scheiterns bzw. der Verschwörung "fremder Mächte". Unser recht frisches 21. Jahrhundert ist schon heute geprägt von einer beginnenden Periode des Populismus.

Reale Bedrohung

Die verstärkte globale Vernetzung nützt Protest- und Verschwörungsbewegungen, aber auch besonders der extremen Rechten und Populisten, was deren Wahlerfolge der

letzten Monate in verschiedenen europäischen Ländern zeigen. Man fragt sich, inwieweit die Währungs- und Wirtschaftskrise in Teilen der EU das Wachstum extremistischer und populistischer Parteien beflügelt hat. Die Währungs- und Wirtschaftskrise ist jedoch nur ein Auslöser für verschiedene, tiefer liegende Spannungen innerhalb der europäischen Gesellschaften, die seit langem ein Ventil suchen.

Was sich so für manche vielleicht übertrieben anhören mag, ist im digitalen Zeitalter eine reale Bedrohung, die den Populisten allerorten in die Hände spielt. Die Ausgangsbedingungen in den verschiedenen europäischen Ländern sind dabei durchaus unterschiedlich: Während Südeuropa unter hoher Arbeitslosigkeit leidet, herrscht zum Beispiel in Tschechien praktisch Vollbeschäftigung. Dennoch sind die Lebensverhältnisse in den Mittelmeerländern ganz anders als in den Visegrád-Ländern. Diese soziale Ungerechtigkeit in Europa trägt dazu bei, dass in nahezu allen europäischen Staaten rechtspopulistische Parteien Erfolge haben. Sie eint ihre EU-Skepsis bis hin zur Polemik, ihre Ablehnung von Migration und Islam sowie das Aufbauschen nationaler Ressentiments.

Nadelstichmethoden

Derzeit ist der amerikanische Rechtsaußen-Scharfmacher und ehemalige Trump-Vertraute Steve Bannon auf Werbefeldzug in den EU-Staaten unterwegs. Sein Ziel ist es, die ihm verhasste EU weiter zu destabilisieren und letztlich den European Spirit durch einen rückwärtsgewandten, nationalistischen Ultrachauvinismus zu ersetzen. Dazu sucht er europäische Verbündete, um eine Anti-EU-Bewegung zu formen, die bei den Europawahlen 2019 das Europaparlament umkremeln solle.

Besonders im Fokus dieser Entwicklungen stehen die Länder der Visegrád-Gruppe. Eine bedeutende Stimme aus diesen Ländern, der slowakische Schriftsteller Michal Hvorecký, der auch mit Verbänden des deutschen Katholizismus wie der Ackermann-Gemeinde im Austausch steht, schreibt, dass er der Überzeugung sei, dass die grenzenlosen Dialogmöglichkeiten der sozialen Netzwerke der Demokratie mehr geschadet als genutzt hätten.

Sein neuer Roman "Troll", der kürzlich auch auf Deutsch erschienen ist, ist eine digitale Dystopie, die jedoch bewusst nahe an die Realität angelehnt ist. In einem Spiegel-Interview kommentiert er die Fake-News unserer Gegenwart folgendermaßen: "Jeder hat ein Recht auf seine eigene Meinung, aber nicht jeder hat das Recht auf seine eigenen Fakten."

Nach den Präsidentschaftswahlen in der Türkei, den USA und Russland beobachten wir in vielen Teilen der Welt und auch in einigen Staaten der EU bemerkenswerte Veränderungen in der politischen Landschaft. Es zeichnet sich ein Zeitalter des Egoismus und der Autokraten ab – man könnte es als Putinismus oder Trumpismus bezeichnen. Das Modell ist denkbar einfach: "Ich entscheide", ohne Rücksicht auf demokratische Regeln und ohne die Einbindung von Opposition oder aktiver Zivilgesellschaft. Das Modell der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und des Multilateralismus wird in Frage gestellt und mit Nadelstichmethoden nach und nach beschädigt. Die Folge ist der Vertrauensverlust der Menschen in die gemeinsamen Werte, die sich in der Charta der Grundrechte widerspiegeln. Das künstlich erzeugte Misstrauen erzeugt Protest, der wiederum bei Wahlen Protestbewegungen und Radikale stärkt.

Wir Christen sind aufgerufen, nicht mehr nur zu beobachten und zu analysieren oder uns gar resigniert ins Private zurückzuziehen – nein, wir sind gefordert aktiv Widerstand zu leisten, jeder an seinem Platz. Habt keine Angst!

Martin Kastler

Regionalleiter für Mitteleuropa der Hanns-Seidel-Stiftung und Sprecher des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) für Europäische Zusammenarbeit und Migration

Was soll das Theater?

Über die Kunst und ihre öffentliche Förderung

142 Stadt-, Staats- und Landestheater gibt es in Deutschland. Hinzu kommen 130 große Klangkörper, also Sinfonie- und Opernorchester. Alle zusammen werden mit einem Betrag von ca. 2,5 Milliarden Euro öffentlich gefördert. Das macht ungefähr 80 Prozent ihres Gesamtbudgets aus. Im Gegenzug dafür erreichen die Theater und Orchester mit ihren knapp 80.000 Veranstaltungen pro Spielzeit etwa 26 Millionen Zuschauer. Schon das sind gewaltige Zahlen. Doch damit nicht genug. Diese schon reiche Landschaft öffentlich getragener Theater und Orchester wird noch ergänzt durch zahllose Festivals und hunderte von Privattheatern sowie solchen der freien Szene. Das macht insgesamt die Bundesrepublik Deutschland zu einem der größten Theater- und Musikländer der Welt.

Doch statt dies stolz, wie die Franzosen ihre Filmkultur, vor sich her zu tragen, hadert man gerne hierzulande mit dieser Vielfalt der darstellenden Künste. Das sei alles zu teuer und stehe dem Streben nach der schwarzen Null öffentlicher Etats im Wege, obwohl die genannten 2,5 Milliarden Euro gerade einmal etwa 0,2 Prozent aller öffentlichen Ausgaben ausmachen. Vor allem die sogenannte Hochkultur sei doch ohnehin nur etwas für die Reichen im Lande, die mögen es dann bitte auch gefälligst bezahlen. Geht doch, man müsse nur mal in die USA schauen. Allen voran der Bund der Steuerzahler, selbst ernannter Tugendwächter öffentlicher Finanzen, polemisiert gerne – nur wenig um Sachaufklärung bemüht – mit teilweise skurrilen Thesen beispielsweise gegen das Stadttheater und die angebliche Subventionierung verkaufter Tickets. Sekundiert wird er gerne von denen, die mit dem Begriff der Werktreue die Keule gegen das Regietheater schwingen. Für das, was manchem Regisseur so durch den Kopf rausche, müsse man doch nicht noch Steuermittel bereithalten.

Nun, hier soll keineswegs behauptet werden, es sei alles gut, was so in den Theater und Konzertsälen der Republik stattfindet. Warum sollen ausgerechnet die Künste unfehlbar sein, wo doch gerade im Experiment, im Auspro-

bieren von Neuem ihre große Chance liegt. Dennoch darf man selbstverständlich eine grundsätzliche Frage an die Künste stellen: Wozu das alles? Und zur Beantwortung solcher Fragen ist es immer gut, wenn man da anfängt, wo vorne ist. Im Theater, bei der Musik sind das die Autoren und Komponisten.

Gut erzählte Geschichte

Es ist ganz einfach: Wer etwas aufführen will, muss etwas verfassen. Ohne geschriebenen Text, ohne komponierte Musik geht in der Regel erst einmal nichts. Oder besser gesagt fast nichts, wenn wir mal das heute durchaus verbreitete Projekttheater mit in die Betrachtung einbeziehen. Ich will jetzt nicht erneut Zahlen bemühen, aber wer sich einmal die jährlich erscheinende Werkstatistik des Deutschen Bühnenvereins anschaut, wird kaum zu der Überzeugung gelangen, Stücke brauche es nicht mehr. Das Gegenteil ist der Fall. Denn am Ende ist nicht zu übersehen: Was der Zuschauer schätzt, ist immer noch die gut erzählte Geschichte. Da hat die Weltliteratur ja einiges hervorgebracht, was sich seit geraumer Zeit erheblichen Interesses erfreut. Und gute Autoren gibt es auch heute noch, die in der Lage sind, die Zeitläufte in ein Theaterstück oder ein Libretto zu verpacken.

Also dient das ganze öffentliche Fördern von Theatern und Orchestern erst einmal dem kreativen Schaffen in unserem Lande. Gäbe es diese Kulturinstitutionen nicht, würde niemand Dramatisches schreiben oder komponieren. Denn Dramen und Partituren werden und wurden ja bekanntlich nicht dazu geschrieben, sie zu lesen. All die Menschen, die tagtäglich ins Theater oder ins Konzert gehen, würden doch mangels der dortigen Aufführung keinesfalls zur Lesebrille greifen und im stillen Kämmerlein Dramen und Partituren studieren. Nein, wer die Weltliteratur am Leben erhalten will, wer will, dass Richard Wagners Satz "Kinder, schafft Neues" heute noch gilt, der braucht Autoren und Komponisten, aber genauso Schauspieler, Sänger, Tänzer und Musiker, die etwas aufführen. Und die leben schließlich nicht von der Luft und der Liebe. Also muss auch ihre Arbeit öffentlich finanziert werden.

Kultur

Subventionierung

Leeres Theater ist kein gutes Theater

Allein in den Stadt-, Staats- und Landestheatern sowie in den öffentlich geförderten Orchestern arbeiten über 30.000 künstlerisch Beschäftigte. Sie und natürlich auch die ihnen zuarbeitenden technisch oder administrativ tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kosten einen großen Teil des öffentlichen Geldes, mit dem wir die darstellenden Künste unterstützen. Nicht in irgendwelche toten Apparate fließen die Mittel, sondern direkt in die Künste. Erst recht dienen sie nicht der Subventionierung von Tickets, die werden in Deutschland weitgehend zu den üblichen Marktpreisen an ein wirtschaftlich sehr heterogenes Publikum verkauft. Das bedeutet, dass jeder, der einer Kürzung der öffentlichen Zuschüsse für Theater und Orchester das Wort redet, über die soziale Lage der Künstler, über ihre ohnehin weitestgehend nicht üppigen Gehälter oder gar über den Bestand ihrer Arbeitsplätze befindet. Über 6.000 davon gingen in der jüngsten Vergangenheit schon verloren. Gehaltskürzungen zur Sicherung der Arbeitsplätze sind vielerorts an der Tagesordnung. Nicht zufällig gibt es in den darstellenden Künsten eine erstarkende Gewerkschaftsbewegung und Künstlerinitiativen, die sich für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen öffentlich engagieren. Deswegen hat der Bühnenverein diesen Gewerkschaften gerade die Erhöhung der monatlichen Mindestgage von 1.850 auf 2.000 Euro – brutto, versteht sich – zugesagt, eine Gage, für die immer noch zahlreiche Schauspieler jeden Tag auf der Bühne stehen und Regieassistenten Nächte durcharbeiten, um die Neuproduktion eines Bühnenstücks zu stemmen.

Und für wen machen sie das? Für niemand Geringeres als den Zuschauer! So wie der Kunde im Supermarkt der König ist, ist es der Besucher im Theater oder Konzertsaal. Um ihn geht es, um ihn soll sich alles drehen. Ein leeres Theater ist kein gutes Theater und ein leerer Konzertsaal kein guter Konzertsaal, sondern eine Verfehlung der Ziele dieses öffentlich getragenen Kunst-Unternehmens. Doch während im Supermarkt das alleinige Ziel ist, Waren anzubieten, die dem Kunden zusagen und zur Kaufentscheidung motivieren, sogar wenn er sie gar nicht braucht, ist die Lage in den Künsten komplizierter. Es geht nicht darum, gefällig zu sein. "Wer dem Publikum hinterherläuft, sieht nur dessen Hinterteil", wusste schon Johann Wolf-

gang von Goethe. Es geht also vor allem um ein Verständnis dessen, was Theatersäle und Konzerthallen eigentlich sind, womit über die oben getroffenen Feststellungen hinaus erklärt wäre, warum sie und das, was in Ihnen passiert, öffentlich finanziert werden.

Aktive Beteiligung an künstlerischen Prozessen

Fangen wir bei der Stadt an. Sie ist mehr als ein Ballungsraum, sie ist ein soziales und kulturelles Gefüge. Man muss sie gestalten, erst recht wenn man bedenkt, dass immer mehr und immer unterschiedlichere Menschen in den Städten leben werden. Eine anständige Fußgängerzone reicht dafür kaum aus. Und niemand wird in eine Stadt ziehen, nur weil das Einwohnermeldeamt so gut funktioniert. Es sind also Räume gefragt, die dem öffentlichen Diskurs, die der Befassung mit der Welt, mit dem, was den Menschen ausmacht, dienen. Und das sind eben die Theater, die Konzertsäle, die Museen und soziokulturellen Zentren, ja, auch die Kirchen. Wo wären wir sonst in der Lage, über uns im öffentlichen Raum zu reflektieren? Gerade in einer Zeit, in der die Demokratie vor großen Herausforderungen steht, ist das wichtiger denn je. Schon lange veranstalten die Theater deshalb nicht nur ihre üblichen Aufführungen, sondern rufen die Bürger einer Stadt zusammen zu Diskussionen, zu aktiver Beteiligung an künstlerischen Prozessen.

Noch einmal zurück zur Kunst. Will sie diesen Anforderungen gerecht werden, darf sie zwar einerseits das Publikum nicht vertreiben, muss aber andererseits durch Provokation, durch Haltung, durch Konfrontation anregen und erregen. Nichts ist schlimmer als ein gelangweilter Zuschauer. Deshalb gibt es Inszenierungen, die dem Zuschauer auch mal eine neue Sicht auf ein Stück ermöglicht. Deshalb gibt es zeitgenössische Musik, die uns wachrüttelt. Deshalb eben ist die Kunst im öffentlichen Raum unverzichtbar.

| Rolf Bolwin

von 1992 bis 2016 geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Teilhabe, Lebenswelt und Digitale Mündigkeit

Blog des BDKJ-Bundesverbandes gibt Praxistipps

Seit Sommer 2017 ist der Blog digitalelebenswelten.bdkj.de online, initiiert von der AG Digitale Lebenswelten des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ). Hier versammeln sich Blogbeiträge zu aktuellen Themen wie Datenschutz, Uploadfilter, digitale Kirche und Mediennutzung – gelesen und kommentiert aus der Perspektive der (katholischen) Jugendverbandsarbeit. Die hohen Klickzahlen zeigen: Es kommt auf die lebensweltliche Übersetzung der digitalen Transformation an.

Als Ende Mai 2018 die Datenschutz-Grundverordnung und das Gesetz über den kirchlichen Datenschutz in Kraft traten, schienen zum ersten Mal die praktischen Auswirkungen der Digitalisierung in allen Bereichen der Seelsorge und damit auch der Jugendarbeit Effekte zu zeitigen: Wie kommunizieren wir künftig digital auf jenen Plattformen, auf denen sich Kinder und Jugendliche befinden, wenn WhatsApp nicht mehr in Frage kommt? Dürfen wir Fotos von Zeltlagern, Freizeiten und Diözesanversammlungen digital veröffentlichen? Und wie informieren wir über unsere Angebote, wenn schon die Anmeldung für einen Newsletter mehr als drei Klicks benötigt? Dass es hier nicht nur um technische bzw. juristische Fragen geht, sondern vielmehr um eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Orten und Zeiten einer jungen und digitalen Kirche, hat die BDKJ-Hauptversammlung schon 2016 erkannt, als sie eine Arbeitsgruppe zu diesem gesellschaftspolitischen Querschnittsthema einsetzte. Aus dieser Arbeitsgruppe ist der Blog digitalelebenswelten.bdkj.de

hervorgegangen, dessen Ziel es ist, neue Ideen, Ansätze und Herausforderungen der digitalen Alltagspraxis der Jugendarbeit vorzustellen. Die Beiträge decken dabei eine große Bandbreite an Fragestellungen ab: Tools für kollaboratives Arbeiten oder für das digitale Storytelling werden ebenso wie Good-Practice-Beispiele für Skype-Frühschichten, Kirchenführungen mit QR-Code oder als #instawalks vorgestellt; digitalpolitische Positionen aus Kirche und Gesellschaft werden auf ihre Relevanz und ihre Tragweite für die Jugendarbeit überprüft, Mediennutzungsstudien für die Milieus der Jugendverbände ausgelegt; Pro- und Contra-Argumente zur Smartphone-Nutzung im Zeltlager werden ausgetauscht. Nicht zuletzt wird von den zahlreichen BlogautorInnen kritisch reflektiert, wo unsere Kirche ihre eigene Haltung zu einer digitalisierten Welt schärfen muss, um auf die Anliegen und Bedürfnisse junger Menschen angemessene Antworten zu finden. Der BDKJ hat aber auch die eigene Haltung überprüft und als Positionspapier formuliert, auch um seinen Mitgliedsverbänden eine jugend- und kirchenpolitische Diskussionsgrundlage zu bieten, die weit über konkrete Fragen nach Bildrechten, WhatsApp-Kommunikation und Hate Speech hinausgeht. So fordert der BDKJ (und macht es sich gleichsam zur Selbstverpflichtung), im Rahmen der digitalen Transformation "besonderen Wert darauf [zu] legen, Teilhabe zu ermöglichen, die Lebenswirklichkeit von jungen Menschen ernst zu nehmen und sie in ihrer digitalen Mündigkeit zu unterstützen". Richtschnur für diese Aufgabe bilden zum einen das christliche Menschenbild und zum anderen die ethischen und sozialen Maßstäbe, die für ein gutes gesellschaftliches Miteinander sorgen. Dazu gehört aus Sicht des BDKJ u. a. auch, das Thema Datenschutz aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen zu bedenken und eine angemessene Balance zwischen bewahrendem Schutzgedanken und Empowerment zu finden, statt den "kategorischen[n] Ausschluss bestimmter verbreiteter Dienste" durchzusetzen. Dass der Weg dorthin gemeinsam beschritten werden und der Austausch dazu gerade im Netz stattfinden muss, zeigt der Blog digitalelebenswelten.bdkj.de in der Vielfalt seiner Tipps und Positionen deshalb umso eindrücklicher.

| **Dr. Anna Grebe** |

Medienwissenschaftlerin und Referentin im Bereich Jugendhilfe, bis Mai 2018 begleitete sie die AG Digitale Lebenswelten des BDKJ-Bundesverbandes als Referentin.

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner